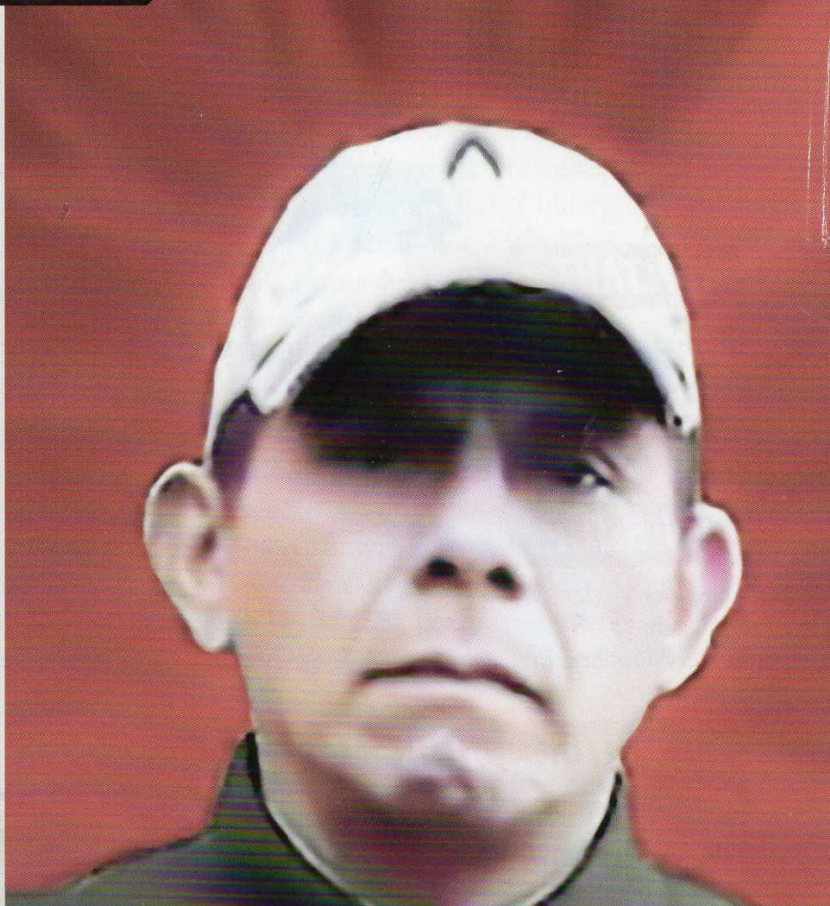


DIE REBELLION IST GERECHTFERTIGT!

لنا الحق في التمرد !

ROTER
BUND

SOLIDARITÄT MIT PALÄSTINA!



**DIE GENOSSEN PROFESSOR CELEDONIO LUIS SANTIBÁÑEZ UND
EUTQUIO LOAEZA JIMÉNEZ LEBEN IN DEN HERZEN UND KÄMPFEN DES VOLKES!**

INHALT

3 EDITORIAL

INTERNATIONAL

4 DIE GENOSSEN PROFESSOR CELEDONIO LUIS SANTIBÁÑEZ UND EUTQUIO LOAEZA JIMÉNEZ LEBEN IN DEN HERZEN UND KÄMPFEN DES VOLKES!

6 DIE SITUATION PALÄSTINENSISCHER FRAUEN IN ISRAELISCHEN GEFÄNGNISSEN

BRD

8 RADWEGE IN PERU

9 REVISION ABGEWIESEN

URTEILSBESTÄTIGUNG IM ANTIFA-OST-VERFAHREN

11 ANGRIFFE AUF DIE PALÄSTINASOLIDARITÄT

FRAUEN

16 „HELDIN“ - SPITZE DES EISBERGS

KULTUR

18 DIE ÄRZTE SIND SCHEISSE!

19 ANGESAGTE SYSTEMHELFER

KONTAKT

Bei Fragen, Anmerkungen, Vorschlägen oder Anfragen für Abos schreibt uns eine Mail an rotepost@gmx.de

V. I. S. D. P.

Franziska Vogler
Blodigstr. 15
80933 München

EIGENTUMSVORBEHALT

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung einschließlich ihrer Beilagen solange Eigentum der/des AbsenderIn, bis sie den Gefangenen ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Rote Post den Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der/dem Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Liebe Leser der Roten Post,

die Welt war ziemlich stürmisch in den letzten Wochen, selbst die bürgerlichen Medienmonopole kamen nicht umhin das anzuerkennen. Der Yankee-Imperialismus, mit seiner gegenwärtigen Führung, eine Fraktion des US amerikanischen Finanzkapitals, repräsentiert durch Donald Trump und seine Republikanische Partei, hat nach der Inauguration begonnen seine Politik entlang zweier Linien zu entfalten. Innenpolitisch muss demnach der US-Haushalt, das Staatsbudget in Ordnung gebracht werden, d.h. die Schulden müssen verringert werden. Dazu werden Ausgaben gekürzt, wie bei USAID oder der Behörde für Bildung, und es wird versucht mehr Einnahmen zu generieren, insbesondere durch Zölle. Außenpolitisch wurde der Hauptfokus von Russland zu China als Hauptkontrahenten im imperialistischen Zwist verlagert. Ziel dabei ist die u.a. die Sprengung der russisch-chinesischen Beziehungen. Dabei wird versucht den Druck auf Russland über die Europäer aufrecht zu erhalten, in dem man diese dazu zwingt. Die börslichen Verwerfungen die es in der letzten Zeit gab, sind ein weiterer Beweis dafür, wie verwundbar und marode das ganze imperialistische System wirklich ist.

In Deutschland hat die in Wirklichkeit ziemlich kleine „Große Koalition“ mit dem Betrüger Merz an der Spitze einen Koalitionsvertrag vorgelegt, der die Grundlage für die kommenden vier Jahre sein soll. Wie schwach die neue Regierung sein wird, zeichnet sich unterdessen bereits deutlich ab. Es soll nach dem Willen der künftigen Regierung mehr und schärfere Ausbeutung und eine noch stärkere Umverteilung des Reichtums in Richtung der deutschen Monopole geben. Durch sogenannte „steuerliche Abschreibungsregeln“ wird das deutsche Finanzkapital in den kommenden drei Jahren ca. 30 Prozent ihrer Investitionen abschreiben können. Danach soll ab 2028 die Körperschaftsteuer gesenkt werden. Heißt: 30 Prozent Subventionen auf alle Investitionen des Finanzkapitals in Deutschland. Das Lieferkettengesetz, d.h. die Kontrolle der Produktions- und Arbeitsbedingungen, wird abgeschafft. Weitere direkt Subventionen durch einen Industriestrompreis wird es für „Energieintensive Unternehmen“ geben. Dazu kommt ein umfassender Angriff auf den Acht-Stunden-Tag. Dafür soll es einen ominösen „wöchentlichen Rahmen für die Arbeitszeit“ geben. Arbeitslose sollen stärker dazu gezwungen werden auch schlechtere Arbeit anzunehmen, die Maßnahmen gegen Empfänger von Sozialleistungen werden verschärft: „Mitwirkungspflichten“ werden auferlegt und „vollständiger Leistungsentzug“ angedroht. In der Bundesverwaltung sollen acht Prozent der Stellen gestrichen werden – mit Ausnahme der Sicherheitsbehörden. Freilich wird auch die Reaktionarisierung und Militarisierung weiter voran getrieben. Für eine weitere Zentralisierung der Macht bei der Exekutiven soll ein „Nationaler Sicherheitsrat“ gegründet werden. Die Bespitzelung des Volkes wird durch die Vorratsdatenspeicherung (Speicherung von IP-Adressen für drei Monate) immens ausgeweitet. Die Wehrpflicht wird wieder eingeführt und nicht zu vergessen hunderte Milliarden für Aufrüstung. Die Hetze gegen Ausländer, zur Spaltung der Arbeiterklasse, wird intensiviert. Dazu werden diesen weitere Rechte genommen - Zurückweisungen an Grenzen für Asylsuchende, kein Familiennachzug, kompliziertere und langwierige Einbürgerungsverfahren.

Das alles wird die andauernde Krise, die Depression des deutschen Imperialismus, das dritte Jahr in Rezession, nicht beheben können. Möglicherweise mag in der kommenden Legislaturperiode die zyklische Krise zum Ende kommen, aber alle Maßnahmen, die zu ihrer Beendigung getroffen werden, sind die Grundlage dafür, dass die nächste Krise, die unvermeidlich kommen wird, noch stärker und noch tiefgreifender sein wird.

Die Aktivisten des Roten Bundes sagten der neuen Regierung direkt nach der Wahl den Kampf an, erklärten gegen all ihre Pläne Widerstand zu leisten und wo sie Ordnung haben, alles dafür zu tun Unordnung zu stiften. Richtig und gut so!

NIEDER MIT DER NEUEN REGIERUNG!

Eure RoPo-Redaktion

DIE GENOSSEN PROFESSOR CELEDONIO LUIS SANTIBÁÑEZ UND EUTQUIO LOAEZA JIMÉNEZ LEBEN IN DEN HERZEN UND KÄMPFEN DES VOLKES!

*Es gibt Männer, die eines Tages kämpfen und gut sind.
Es gibt andere, die ein Jahr lang kämpfen und besser sind.
Einige kämpfen seit vielen Jahren und sind sehr gut.
Aber es gibt diejenigen, die ihr ganzes Leben lang kämpfen: Das ist das Wesentliche.*

Berthold Brecht



Der Genosse, Klassenbruder und einer der besten Söhne des mexikanischen Volkes Professor Celedonio Luis Santibáñez ist verstorben. Er war der Mit-Gründer der demokratischen Organisation Strömung des Volkes Rote Sonne, Mitglied dessen historischen Kontingents und ein herausragendes Mitglied der Politischen Kommission der Strömung des Volkes Rote Sonne.

Der Genosse war zum Zeitpunkt seines Todes 72 Jahre alt und verlor sein Leben am 30. März 2025, in seinem letzten großen Kampf gegen den Krebs.

Professor Celedonio Luis Santibáñez wurde am 18. Oktober 1952 in einer Familie von armen Bauern in der indigenen zapotekischen Gemeinde Buena Vista, San Agustín Lochixa, Oaxaca, geboren. In seiner Kindheit und Jugend, hob er sich bereits durch seine Hingabe für die Arbeit

mit armen Bauern und seiner Passion für das Lehren hervor. Dies prägte sein Leben, was dazu führte, dass er Lehrer wurde und in Gemeinden armer Bauern auf dem Land arbeitete.

Seine Studienzeit war bereits durch den Kampf an der Seite des Volkes gezeichnet, zu der er sich in der Studentenbewegung bereits dem Kommunismus näherte. Er trat zu jener Zeit in die vom Revisionismus befallenen Kommunistischen Partei Mexikos ein und dann Teil des Kreises von Sympathisanten der Revolutionären Partei des Mexikanischen Proletariats (PRPM) zu werden, was seinen eigenen Worten nach „eine der ehrenvollsten Erfahrungen meines Lebens war“.

In der Zeit schwerster Repression setzte sich der Genosse für den Kampf der armen Bauern ein, diese organisierend und mit ihnen kämpfend. Er nahm am Kampf in den Gewerkschaften teil und schuf mit den kämpfenden Massen viele wichtige Gewerkschaften und führte durch sie den Arbeitskampf. In den Städten setzte er sich für die Organisation der Arbeiter ein, wo er unter anderem an ihrer Seite erfolgreich eine Besetzung durchführte, die später Gemeinde Francisco Villa getauft wurde.

Im Licht des Kampfes gegen den Revisionismus den Genosse Professor Celedonio Luis Santibáñez führte, trat die Strömung des Volkes Rote Sonne ans Licht der Welt. Entschlossen für die Freiheit von den politischen Gefangenen, die des Terrorismus und des Besitzes von Sprengstoff, den sie dem mexikanischen Militär geklaut haben sollen, bezichtigt wurden, trat die Strömung des Volkes Rote Sonne zum ersten mal öffentlich in einer Demonstration auf.

Gemeinsam mit Dr. Ernesto Sernas García, der 2018 gewaltsam Verschwinden gelassen wurde, saß er den Arbeiten des I. Politischen Kongresses der Strömung des Volkes Rote Sonne am 26. Dezember 2017 vor und war seitdem Teil ihrer Zentralen Führung. Unermüdlich für den Marxismus-Leninismus-Maoismus, hauptsächlich Maoismus, mit den universell gültigen Beiträgen des Vorsitzenden Gonzalo, und für die Organisation der Vorhut des Proletariats kämpfend, hinterließ er in der Geschichte dieser und in den Herzen und Köpfen der besten Söhne des mexikanischen Volkes seinen unauslöschlich Abdruck. Bevor die Krankheit ihm die Fortsetzung seiner Aktivitäten unmöglich machte, setzte sich

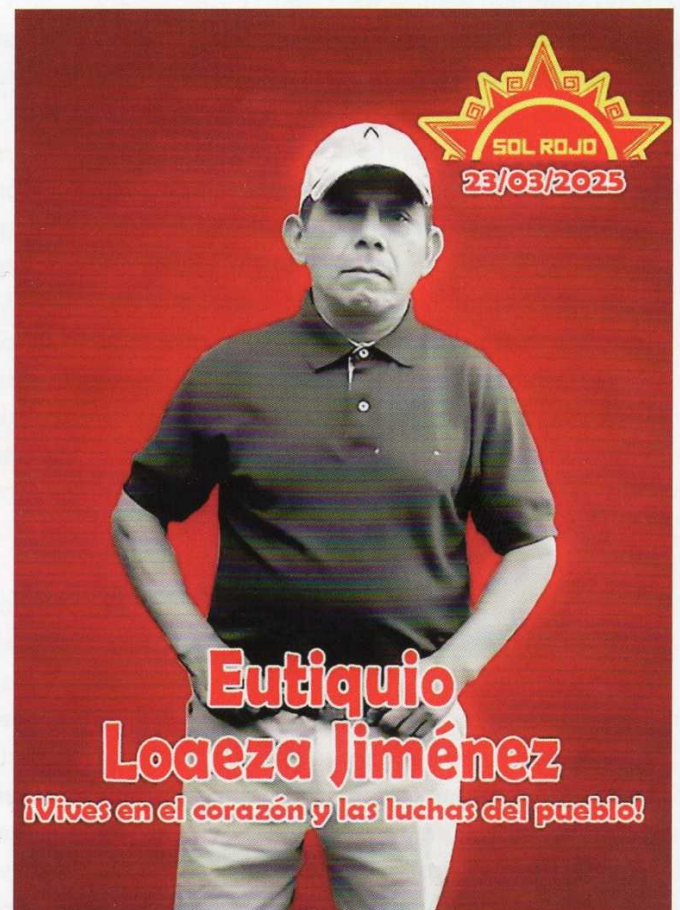
Professor Celedonio dafür ein, letztere auf den korrekten Kurs für die Revolution zu führen.

Am Sonntag, den 23. März 2025, ereignete sich am Ort „El Limar“ an der Straße Barranca Larga-Ventanilla eine erschütternde Gewalttat gegen die Einwohner von San Sebastián Coatlán, in der Region Sierra Sur, Oaxaca, im Süd-Westens Mexikos.

Die Einwohner von San Sebastián Coatlán berichten von einem vorbereiteten Hinterhalt, bei dem fünf Menschen starben und fünf weitere verletzt wurden. Unter den Ermordeten befindet sich unser Genosse Eutiquio Loaeza Jiménez, Mitglied der Strömung des Volkes Rote Sonne und Koordinator des Regionalkomitees Sierra Sur. Darüber hinaus fielen Adrián Jiménez, Israel Pérez, Javier Jiménez Pérez und Vidal Ruiz dem feigen Attentat zum Opfer.

Es ist und bleibt dabei:

Mit der Roten Sonne wird das Volk siegen! •



DIE SITUATION PALÄSTINENSISCHER FRAUEN IN ISRAELISCHEN GEFÄNGNISSEN

Die Bilder der Gefangenen, die im Rahmen des Gefangenen-Austausches zwischen Palästina und Israel ausgetauscht wurden, gingen durch die Welt. Während die israelischen Gefangenen in einem guten gesundheitlichen Zustand an ihre Familien übergeben wurden, sah man den palästinensischen Gefangenen die teilweise jahrelangen Qualen in den israelischen Gefängnissen deutlich an. Sie waren abgemagert, ihr gesamtes Erscheinungsbild wirkte erschöpft. Unter diesen Gefangenen, die frei gelassen wurden, waren auch viele Frauen.

Seit seiner Gründung im Jahr 1948 benutzt der israelische Staat Verhaftungen als eine Form der Unterdrückung gegen das Volk Palästinas. Dabei werden die palästinensischen Gefangenen in der Regel vor ein Militärgericht gestellt, während Israelis eine Verhandlung vor einem Zivilgericht bekommen.

Das Volk Palästinas wird durch die Besatzer unter Generalverdacht gestellt, weil es angeblich eine potentielle Gefahr für den israelischen Staat bilde. Nach der Militärverordnung der britischen Besatzer können alle Personen in Administrativhaft genommen werden, bei denen aus Sicht der Besatzer anzunehmen ist, dass dies zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung oder zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit nötig ist. Darauf basierend werden Palästinenser häufig als „Sicherheitsgefangene“ (so wird das in Deutschland teilweise genannt) eingestuft. Auf Grundlage dieser Administrativ- oder Verwaltungshaft können die Gefangenen ohne formelle Anklage oder Verhandlung auf unbestimmte Zeit gefangen gehalten werden. Anfang 2025 betrug diese Zahl der „Sicherheitsgefangenen“ insgesamt 3.400.

SCHLECHTE ZUSTÄNDE

„Sie versuchten auf allen möglichen Wegen unsere Moral zu brechen“, so sagte es eine palästinensische Gefangene über ihre Inhaftierung, die im Rahmen des Gefangenen-Austausches freigelassen wurde. Das beginnt in der Regel schon während der Festnahme, bei der früh morgens israelische Soldaten das Zuhause der Frauen stürmen, das Haus verwüsten,

den Frauen Handschellen und Augenbinden anlegen, ohne ihnen den genauen Grund ihrer Festnahme zu nennen. Teilweise werden die Frauen zwischen unterschiedlichen Gefängnissen oder Sammelstellen für Gefangene verlegt und dabei auch immer wieder erniedrigt.

In den Gefängnissen herrschen unzumutbare Zustände, die Zellen sind häufig überbelegt, es gibt nicht ausreichend Sitz- und Liegemöglichkeiten und die Toiletten sind für jeden einsehbar. Die Zellen sind in einem schlechten Zustand. Es ist kalt und teilweise regnet es rein.

Die Frauen sind den täglichen Schikanen der Wärter ausgesetzt, die System haben. Dazu gehören unbegründete Durchsuchung der Zellen oder Leibesvisitationen. Chronisch Kranken werden die Medikamente verwehrt und es gibt für die Frauen keine Hygieneartikel wie Binden.

Das Essen ist von schlechter Qualität und nicht ausreichend, das Wasser ist limitiert und dreckig. Persönliche Gegenstände, wie z.B. Bücher, aber auch Kleidung werden – insbesondere seit dem 7. Oktober 2023 – den Gefangenen weggenommen. Sie werden von der Außenwelt abgeschnitten und dürfen kein Radio oder ähnliches haben, um Nachrichten zu hören.

FOLTER

Die Bedingungen in den israelischen Gefängnissen waren für palästinensische Gefangene schon immer sehr hart. Kurz nach dem 7. Oktober 2023 wurde die Kontrolle der Gefängnisse an das Militär übergeben, welches den Aufsehern freie Hand im Umgang mit den Gefangenen gab und gibt. Seitdem haben sich die Bedingungen nochmals extrem verschlechtert.

Um die Gefangenen zu brechen, werden sie auch gefoltert. Frauen berichten von Isolationshaft und Schlafentzug. Sie werden regelmäßig mit Waffen und Hunden bedroht und verletzt. Dazu berichten die Frauen von regelmäßigen Schlägen, Belästigungen

und weiteren Misshandlungen durch das Gefängnispersonal. Auch wird Pfefferspray gegen die Frauen eingesetzt.

Nicht zuletzt gibt es auch Berichte von ehemaligen Gefangenen, dass sie vergewaltigt und regelmäßig damit bedroht wurden. Dazu werden die Frauen immer wieder bedroht, dass ihre Familie umgebracht und ihr Zuhause niedergebrannt wird.

Selbst wenn ihre Entlassung ansteht, werden sie bedroht, dass sie ihre Freilassung nicht feiern dürfen, da sie sonst gleich wieder inhaftiert werden würden. Vielen von den Gefangenen wurde kurz vor dem Gefangenen austausch gesagt, dass man sie nicht freilassen würde und sie ihr Leben lang im Gefängnis verbringen müssten.

Mittlerweile werden auch immer weniger Anwälte zu den Gefangenen gelassen, Familienbesuche werden verwehrt. Selbst als die Frauen in den Bussen saßen, die sie zurück zu ihren Familien brachten, waren sie mit Handschellen gefesselt, wurden zu Boden gestoßen und über den Boden gezogen.

SOLIDARITÄT UND ENTSCLOSSENHEIT

Trotz der schlimmen Zustände in den Gefängnissen organisierten sich die Gefangenen immer wieder innerhalb der Mauern. Eine besondere Forderung war z.B. die Anerkennung als politische Gefangene. Dadurch, dass die weiblichen Gefangenen eine geringere Anzahl ausmachten, waren sie in einem gemeinsamen Gefängnis, was die Organisation einfacher machte.

In den 1970ern als viele Frauen aus palästinensischen Organisationen inhaftiert waren, nahmen sie unter anderem an Hungerstreiks teil und entwickelten eigene Kampagnen, wie die dass sie sich der Zwangsarbeit widersetzen und forderten von den israelischen Straftätern getrennt zu werden und als politische Gefangene anerkannt werden.

Mit der ersten Intifada von 1987 bis 1993 wurden aus den wenigen weiblichen Gefangenen rund 3.000.

Auch wenn viele von ihnen nicht in direktem Zusammenhang mit politischen Organisationen standen, waren sie Kämpferinnen für die Sache des Volkes Palästinas.



Als 1995 30 weibliche Gefangene eines Gefängnisses in Tel Aviv entlassen werden sollten, schlossen sich alle der Gefangenen in zwei Zellen ein und forderten auch die Entlassung sieben weiterer Gefangener – mit Erfolg.

Der israelische Staat versuchte immer unter den Gefangenen Uneinigkeit zu streuen, indem Gefangene unterschiedlicher politischer Organisationen zusammen gelegt wurden, ohne Erfolg. Die Solidarität und die Entschlossenheit unter den palästinensischen Gefangenen blieb ungebrochen und die Gefangenen entwickelten gemeinsame politische Arbeit, schauten zusammen die Nachrichten und diskutierten darüber. Auch wurde ein Bildungssystem entwickelt.

Diese kurze Darstellung zeigt wie heuchlerisch der Bild, das in den deutschen Medien präsentiert wird, ist. Israelische Frauen sind „frei“ Mörderinnen in der Besatzungsarmee zu werden, die ganze „westliche“ Degeneration auszuleben und das soll die „Fortschrittlichkeit“ Israels „beweisen“. Der Behandlung des Kämpferinnen Palästinas zeigt aber mit allem Deutlichkeit: der Israelische Staat ist nicht „feministisch“ sonder patriarchal-chauvinistisch.

Auch wenn die Zustände sich in den israelischen Gefängnissen für die Gefangenen seit dem 7. Oktober 2023 drastisch verschlechtert haben, zeigen die Gefangenen eine feste Entschlossenheit sich trotz der Folter und Erniedrigung nicht von ihrem Ziel, der Befreiung des Volkes von Palästina, abbringen zu lassen. •

RADWEGE IN PERU

Es war eine der Skandalmeldungen des letzten Jahres und großes Thema im Wahlkampf: Deutschland hat „Millionen an staatlichen Geldern für Radwege in Peru verfeuert“.

Zum ersten Mal wurde dieses Gerücht vom AfD-Abgeordneten Michael Ependiller Ende 2023 in die Welt gesetzt. Unterschiedliche offen reaktionäre Politiker und Medien haben es seitdem benutzt. Sie wollen zeigen, dass die deutsche Sozialdemokratie viel zu „nett“ zu den Völkern der Dritten Welt ist, auf Kosten der Deutschen. Und diese Propaganda ist bei vielen angekommen.

In bürgerlichen Kreisen nennt man so was „Täter-Opfer-Umkehr“. Bei dieser Art von Propaganda handelt es sich um widerliche Lügen, die Chauvinismus unter den deutschen Arbeitern zu fördern, um die Arbeiterklasse zu spalten. Was die Wahrheit ist, ist dass die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ (KfW) 2023 Kredite in Höhe 40 Millionen Euro für „nachhaltige Verkehrskonzepte“ in Peru genehmigt hat.

Kredite. Das heißt, die müssen mit Zinsen zurückgezahlt werden. Das wird bei all diesen Lügen unter den Tisch gekehrt. Denn die KfW ist alles andere als der nette „Entwicklungshelfer“, wie sie sich gerne präsentiert. Die KfW hat alleine im Jahr 2019 in den unterdrückten Nationen 10,6 Milliarden Euro an Krediten vergeben. Milliardenkredite bedeuten Milliardenengeschäfte.

Durch die Investitionen der KfW schufteten Arbeiter zwölf Stunden am Tag in der Wüste Nordafrikas in Solarkraftwerken, wurde das afghanische Stromnetz jahrzehntelang durch deutsche Verwaltung in marodem Zustand gehalten oder wird der westliche Teil der Ukraine mehr dem deutschen Imperialismus unterworfen. Die Profite ziehen die KfW und deutsche Unternehmen dann zurück nach Deutschland. Diejenigen, die hier beraubt werden, sind die unterdrückten Völker und Nationen!

Die nächste Lüge ist, dass die KfW ihre Investitionen direkt „von unseren Steuern“ tätigt. Was dann wird zu: „Unser ganzes Steuergeld wird in Haiti und Somalia verbrannt“. Wegen der „links-grünen“ Regierung, die angeblich großes Interesse hat, Geld wegzuschmeißen. Das ist eine schlagfertige Aussage.

Natürlich haben die meisten Arbeiter verstanden, dass mit den Steuern, die offiziell für das „Gemeinwohl“ – was es in einer Klassengesellschaft nicht gibt – genutzt werden sollen, herzlich wenig für das Wohl der allermeisten Steuerzahler gemacht wird.

Aber die Steuern werden hierzulande „verfeuert“ – für Kriegstreiberei, Bürokraten, Mafiosos oder als Subventionen für die Monopole. Dabei ist es herzlich egal, ob die Regierung des deutschen Imperialismus sich einen „links-grünen“ (d.h. sozialdemokratischen) oder offen reaktionären Anstrich gibt – es bleibt die gleiche Bande.

Die KfW kann zwar auf Mittel des Bundes zurückgreifen, ist aber trotzdem eine Bank und hat genügend Kapital angehäuft, um ihre Anleihen selbst zu finanzieren. Die Bilanzsumme der KfW beläuft sich auf mehr als 550 Milliarden Euro.

Schuldumkehrversuche sehen wir auch im Falle von Griechenland, ein Land, das durch den deutschen Imperialismus in den Bankrott getrieben wurde. Sie verschenken nie Geld. Sie wollen immer mehr zurück, als das was sie geliehen haben, und so haben sie sich Griechenland gezielt unterworfen.

Das Ziel solcher Lügenkampagnen wie mit den „Radwegen in Peru“ ist klar: Die gerechtfertigte Wut der mittleren und bessergestellten Arbeiter in Deutschland auf ihre Ausbeuter von ihnen weg, zu den unterdrückten Nationen hin zu leiten. D.h. Spaltung der Arbeiter und imperialistischen Chauvinismus verbreiten. •

REVISION ABGEWIESEN URTEILSBESTÄTIGUNG IM ANTIFA-OST-VERFAHREN

Am 19. März 2025 bestätigte der Bundesgerichtshof die Verurteilung der bekannten Antifaschistin Lina E. zu einer Haftstrafe von fünf Jahren und drei Monaten. Ihr „Verbrechen“? Sie und ihre Mitstreiter sollen sich gegen Nazis gewehrt haben, die in Ostdeutschland ihre menschenfeindliche Hetze verbreiten und tagtäglich viele Menschen dort terrorisieren.

Mit dem kürzlich gefällten Urteil ändert sich grundsätzlich nichts – der Status quo bleibt erhalten.

Im Antifa-Ost-Verfahren wurden vier Antifaschisten wegen angeblicher Beteiligung an physischen Angriffen auf organisierte Faschisten, sowie wegen der unterstellten Mitgliedschaft in einer angeblich „kriminellen Vereinigung“



Statt die Gewalt der Faschisten zu stoppen, hat der bürgerliche Staat wieder einmal diejenigen angegriffen, die er für solche hält, die sich den Faschisten in den Weg stellen – eine Konstante in der Politik der BRD.

Das am 19. März verkündete Urteil stellt eine der letzten entscheidenden Entwicklungen im Antifa-Ost-Verfahren dar. Grundsätzlich handelt es sich um die Bestätigung des Urteils, das bereits am 31. Mai 2023 verkündet wurde. Zuvor hatten sowohl die Staatsanwaltschaft, die eine härtere Strafe für die Angeklagten forderte, als auch die Verteidigung, die den Freispruch verlangte, das Urteil angefochten.

zu Haftstrafen zwischen zwei und fünf Jahren verurteilt.

Ein zentrales Element bei der Verurteilung der Angeklagten waren die Aussagen eines sogenannten „Kronzeugen“, Johannes D. Unter Druck der staatlichen Repression wurde er zum Verräter und begann, seine ehemaligen Mitstreiter zu belasten, um sich selbst zu retten. Die widersprüchlichen Aussagen dieses Individuums, der, um seine eigene Haut zu retten seine Mitstreiter ans Messer lieferte, wurden mit weiteren widersprüchlichen Aussagen von angegriffenen Faschisten und den angeblichen Ergebnissen der verdeckten Überwachung von

einigen der Angeklagten kombiniert – meist bestehend von aus dem Zusammenhang gerissenen Gesprächsfetzen, welche von der Staatsanwaltschaft nach Belieben interpretiert wurden.

Juristisch betrachtet gab es angeblich einige Indizien, die die Anschuldigungen gegen die Angeklagten zu stützen schienen, aber die Beweisführung war insgesamt sehr dünn. Die Ergebnisse der Ermittlungen gingen nie über die Bedeutung von Indizien hinaus. Wichtige Aspekte, die als Hinweise gegen die Vorwürfe hätten gewertet werden müssen, wurden dabei einfach ignoriert.

Das Urteil ist ein politisches Urteil, ebenso wie es das gesamte Verfahren war. Lina und ihre Mitstreiter wurden nicht für ihre Taten verurteilt, sondern dafür, dass sie Antifaschisten sind.

Letztlich spielte es keine Rolle, ob die erhobenen Vorwürfe zutreffend waren. Es ging einzig darum, ehrlichen und ernsthaften Antifaschismus vor Gericht zu stellen und als kriminell bzw. terroristisch zu diskreditieren. Das Urteil ist natürlich auch als ein symbolisches Urteil gegen die gesamte antifaschistische Bewegung zu verstehen.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist der Umgang mit den §§ 129a/b/c der die Bildung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung unter Strafe stellt. Dieser Paragraph wurde in der Vergangenheit in der BRD vor allem gegen kämpfende Organisationen, in letzter Zeit vor allem solche aus dem Ausland, eingesetzt. Mit dem Urteil im Antifa-Ost-Verfahren

wurde ein juristischer Präzedenzfall geschaffen, der eine Ausweitung der Anwendung möglich macht.

Tatsächlich erscheint es nun so, dass die Justiz des Staates nicht einmal mehr nachweisen muss, dass eine tatsächliche Organisation mit Struktur und Mitgliedschaft existiert. Es genügt offenbar, dass durch das gemeinsame Handeln von Personen der Verdacht aufkommt, dass eine solche Organisation „vielleicht“ existieren könnte. Dies stellt ein gefährliches Mittel dar, um in Zukunft nicht nur Antifaschisten, sondern auch andere Kräfte zu kriminalisieren und mit Repression zu überziehen.

Das Antifa-Ost-Verfahren und dessen Abschluss spielen eine wichtige Rolle in der Entwicklung des Klassenkampfes in der BRD. Es stellt einen Teil der generell zunehmenden Verschärfung staatlicher Repressionen gegen revolutionäre und revolutionaristische, gegen antifaschistische und antiimperialistische Bewegungen dar, was wiederum ein wichtiger Aspekt der Entwicklung des deutschen Staatsapparats ist, der immer reaktionärer wird. Am offensichtlichsten ist dies in jüngster Vergangenheit in den Angriffen gegen die Palästinasolidarität zu Tage getreten, wo der deutsche Staat, sowie wie er es in der Corona-Zeit begann, abweichende Meinungen zur Straftat erklärt und die Schlägertrupps der Polizei immer wieder brutale Angriffe auf die Meinungsfreiheit ausführen. •



ANGRIFFE AUF DIE PALÄSTINASOLIDARITÄT



Proteste, welche sich gegen den israelischen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser richten, werden in diesem Land aufs intensivste unterdrückt. Demonstrationen werden von der Polizei angegriffen, Organisationen verboten, Veranstaltungen untersagt, Medienhetze verbreitet usw.

Eine Stadt, in welcher diese Angriffe im bundesweiten Vergleich in den letzten Jahren am intensivsten vor sich gingen, ist Berlin. Seit der Gegenoffensive der Nationalen Widerstandsfront Palästinas am 7. Oktober 2023, wurde dort nahezu jede Demonstration mit Bezug zu Palästina verboten, beschränkt, von der Polizei angegriffen oder mindestens in den Monopol-Medien verleumdet.

Eine Auflage für Demonstrationen in Berlin hat in den letzten Monaten dazu einiges an Aufmerksamkeit gewonnen. War es bisher normal, dass die Polizei dort aus eigener Willkür heraus absurde Auflagen verhängt und diverse Parolen und Schilder verbietet, ist die neue Steigerung davon, dass nun von der Berliner Versammlungsbehörde eine Auflage beschlossen wurde, welche es verbietet, auf Palästinademonstrationen eine andere Sprache außer

Deutsch und Englisch zu sprechen. Seit Anfang Februar besteht diese Auflage, welche anschließend von zahlreichen Politikern enthusiastisch begrüßt wurde.

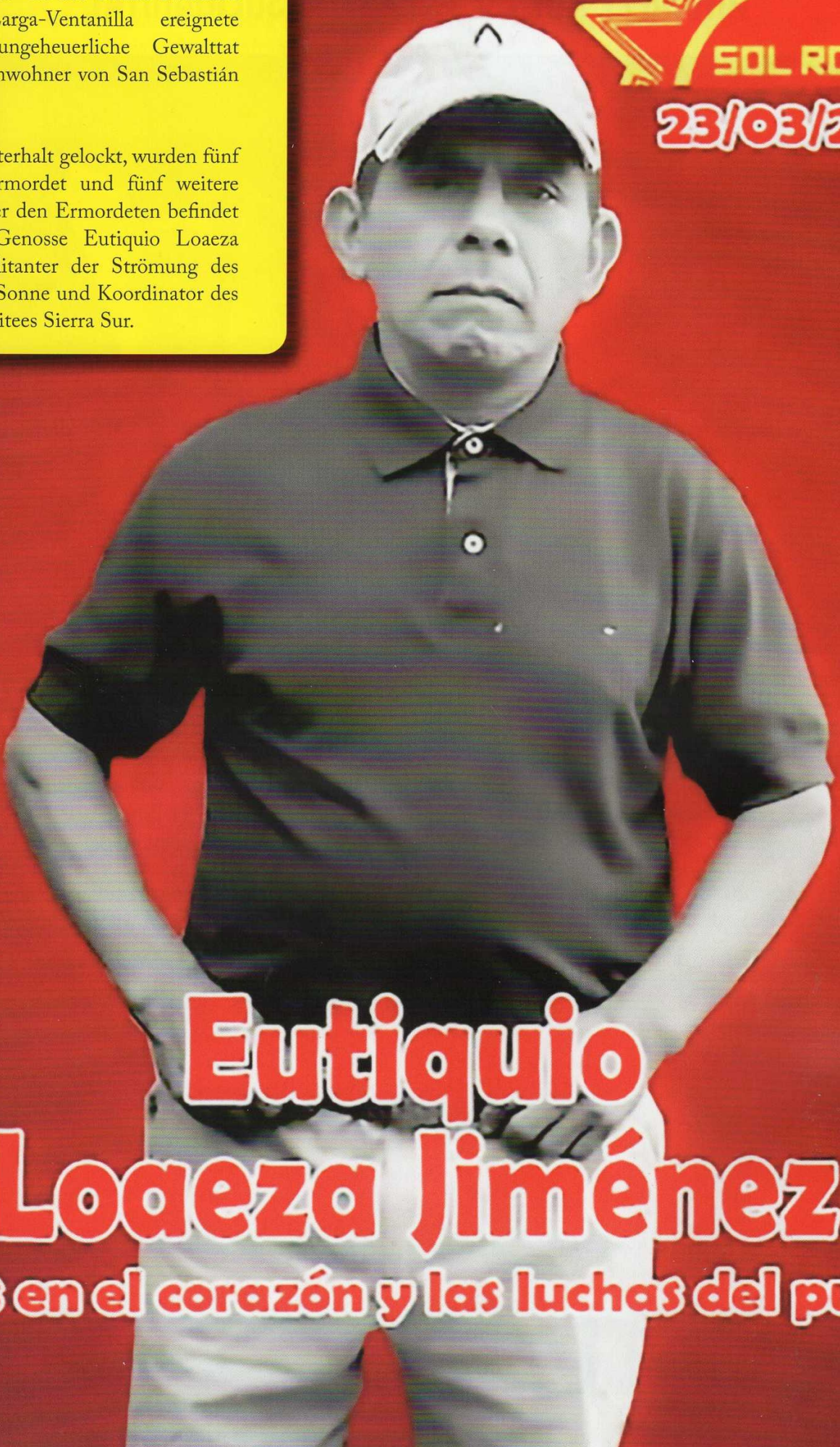
Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner sagte dazu: „Die Versammlungsbehörde hat meine vollste Unterstützung, wenn sie harte Auflagen oder ein Verbot für Demonstrationen erlässt, bei denen zu Gewalt, Hass oder Mord aufgerufen wird.“ Von der SPD heißt es dazu von einem Lokalpolitiker: „Ich finde das sehr richtig ... Ich habe schon seit Längerem auch die Frage gestellt, ob wir nicht zu viel auf den Versammlungen geduldet haben.“

Da die Berliner Polizei angeblich, trotz Übersetzer, nicht garantieren kann, dass keine verbotenen Parolen auf Arabisch gerufen werden, wurde kurzerhand einfach die gesamte Sprache verboten. Die Begründung hinter dem Verbot ist, dass in Vergangenheit bei einer Versammlung angeblich „antisemitische“ Parolen gerufen worden sein sollen.

Am Samstag, den 8. Februar 2025, wurden das Sprachverbot scharf umgesetzt und eine Demonstration von der Berliner Polizei gewaltsam aufgelöst.

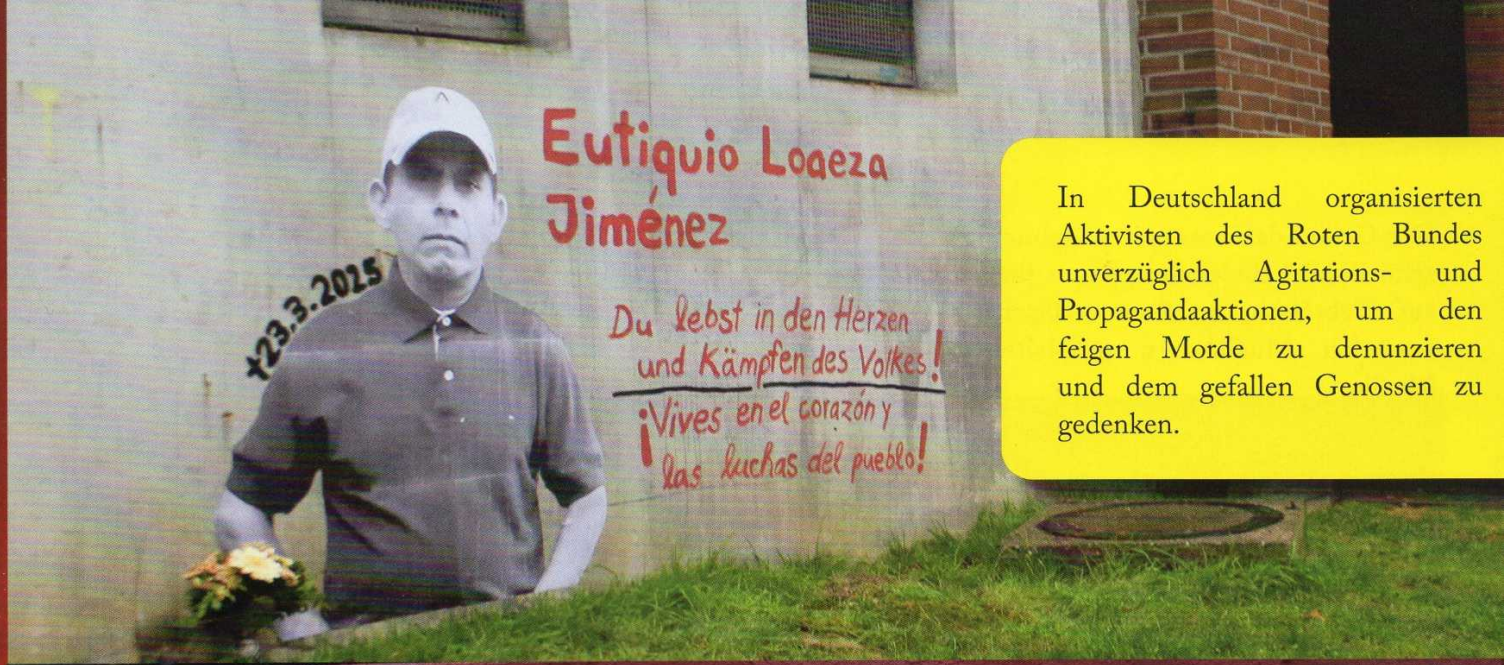
Am Sonntag, den 23. März 2025, am Ort „El Limar“ an der Straße zwischen Barranca Larga-Ventanilla ereignete sich eine ungeheuerliche Gewalttat gegen die Einwohner von San Sebastián Coatlán.

In einen Hinterhalt gelockt, wurden fünf Menschen ermordet und fünf weitere verletzt. Unter den Ermordeten befindet sich unser Genosse Eutiquio Loaeza Jiménez, Militanter der Strömung des Volkes Rote Sonne und Koordinator des Regionalkomitees Sierra Sur.

A black and white portrait of a man, Eutiquio Loaeza Jiménez, standing with his hands on his hips. He is wearing a dark-colored polo shirt and a light-colored baseball cap. The background of the entire poster is a solid red color.

Eutiquio Loaeza Jiménez

Vives en el corazón y las luchas del pueblo!



In Deutschland organisierten Aktivisten des Roten Bundes unverzüglich Agitations- und Propagandaaktionen, um den feigen Morde zu denunzieren und dem gefallen Genossen zu gedenken.



Der Grund dafür war ein angeblich potenziell „antisemitischer“ Redebeitrag eines jüdischen Menschen auf Hebräisch, gerufene arabische Slogans, sowie aus den Musikboxen gespielte palästinensische Musik.

Das Vorgehen wurde von Berliner Gerichten gebilligt wurde. Eigentlich ist es im Allgemeinen so, dass die Polizei bzw. die Staatsanwaltschaft verpflichtet sind, eventuelle Straftaten vor Gericht nachzuweisen. Dies stellt in der deutschen Rechtshistorie nichts neues da. Anfang des vergangenen Jahrhunderts verpflichtete das Deutsche Reich alle Versammlungen auf den Gebrauch der deutschen Sprache und zielte damit besonders gegen die polnischsprachige Bevölkerung.

Im Gegensatz zu heute erklärte damals das preußische Oberverwaltungsgericht entsprechende Polizeiaktionen als rechtswidrig. Die Rechtswidrigkeit wurde damit begründet, dass es in der Natur der Sache läge, dass in politischen Versammlungen die Muttersprache zum Meinungsaustausch der Teilnehmenden verwendet wird und Maßnahmen gegen die politische Betätigung eben nicht nach dem vorhandenen Bedürfnis nach einer „wirksamen“ Überwachung gerechtfertigt werden können.

Wir können also feststellen, dass der deutsche Imperialismus im Jahr 2025 reaktionärer geworden ist, als er es vor knapp 120 Jahren war.

Das Kriminalisieren ausländischer Sprachen ist dabei nicht die neueste reaktionäre Entwicklung. Ursprünglich wurde für Mitte Februar eine Informationsveranstaltung mit der UN Sonderberichterstatterin Francesca Albanese an den Universitäten in München und Berlin geplant. Der Vortrag sollte das Thema der aktuellen Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten haben und hatte in seinem Inhalt daher einige deutliche Kritiken an Israel. Diese Kritik nahmen die Herrschenden zum Anlass um Albanese öffentlich als angebliche „Antisemitin“ zu verunglimpfen.

Hochrangige Lokalpolitiker sprachen sich gegen ihren Besuch in der Hauptstadt aus, Zeitungen hetzten gegen sie,

sogenannte „Antideutsche“ spielten willige Helfer der Herrschenden und versuchten die Universitäten unter Druck zu setzen.

Letztlich hatte die reaktionäre Hetzkampagne Erfolg. Die ursprünglich geplanten Universitäten weigerten sich, die Veranstaltung in ihren Räumlichkeiten stattfinden zu lassen. Stattdessen musste der Vortrag dann auf eine gemietete Privaträumlichkeit ausweichen, welche anschließend jedoch ebenfalls ihre Erlaubnis zur Raumnutzung widerrief.

In letzter Sekunde sprang die Zeitung „Junge Welt“ ein und stellte die Redaktionsräume ihrer Zeitung für die Veranstaltung zur Verfügung. Jedoch auch diesmal nicht ohne Widerstand.

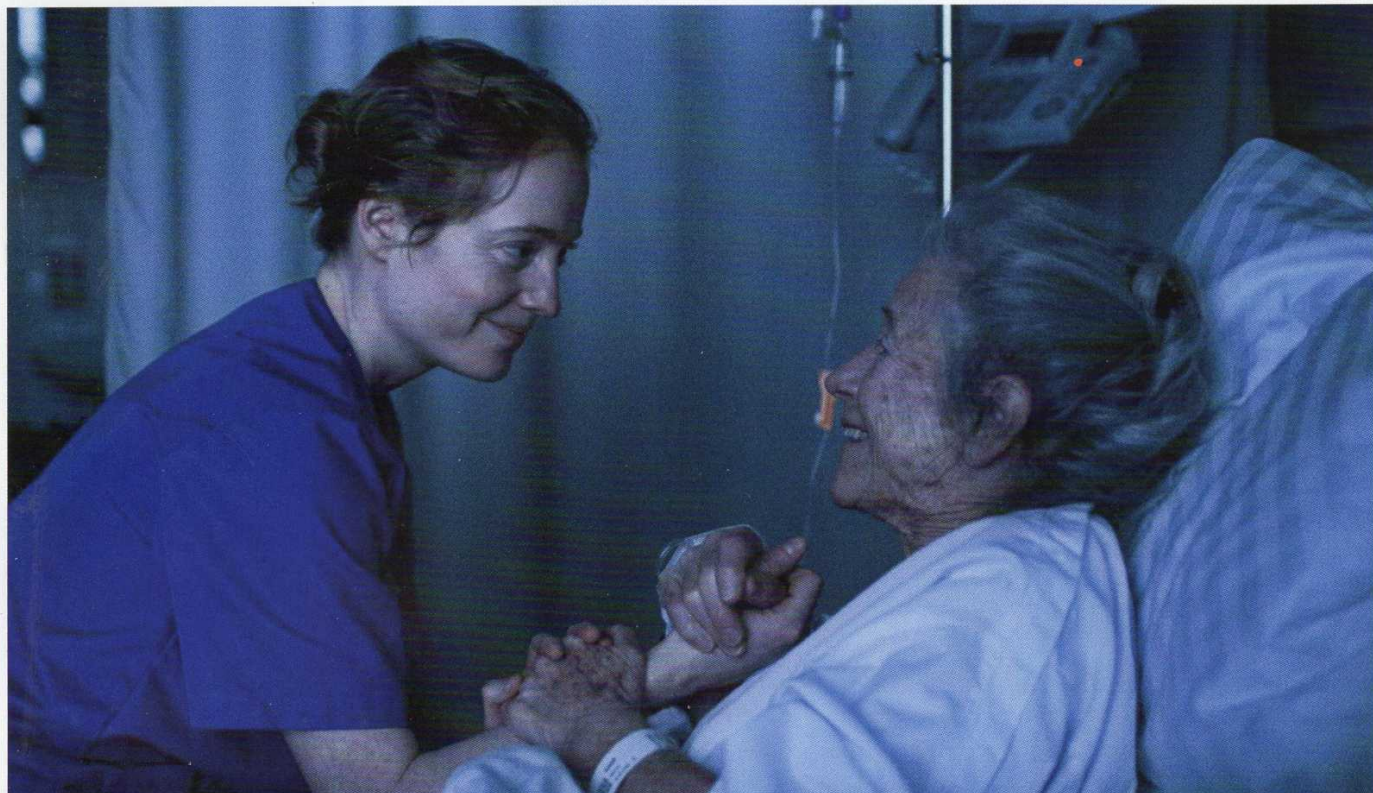
Da der Vortrag, trotz dem Zetern zahlreicher Politiker nicht einfach so auf juristischem Wege verboten werden konnte, wurde dann der Plan gefasst, diese Veranstaltung immerhin so weit wie möglich zu kriminalisieren und einzuschüchtern. Am 18. Februar, dem Tag der Veranstaltung selbst, wurde das rigoros umgesetzt.

Der Veranstaltungsort wurde umzingelt und überwacht und der Veranstaltungsraum, gegen den ausdrücklichen Willen der Jungen Welt, von der Polizei gestürmt. Zwar durfte die Veranstaltung letztlich stattfinden und alle daran teilnehmen, das martialische Besetzen der Veranstaltungsräume war jedoch eine sehr deutliche Botschaft.

Es muss hervorgehoben werden, dass das Vorgehen der Polizei an diesem Tag nicht nur ein Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit, sondern vielmehr ein Angriff auf eine offizielle Vertreterin der Vereinten Nationen war. Es war eine Warnung an all jene, die ihre Stimme gegen die Interessen der deutschen Imperialisten erheben, und sei es auch nur auf Grundlage des international auch von der BRD vertraglich anerkannten Völkerrechts. •



„HELDIN“ SPITZE DES EISBERGS



Seit Ende Februar läuft in den deutschen Kinos der deutsch-schweizerische Film „Heldin“. Der Film behandelt auf eine sehr realistisch dargestellte Art und Weise den Tag einer Krankenschwester.

Der Film beginnt mit der Krankenschwester Floria, der Hauptdarstellerin in dem Film und ihrem Weg zur Arbeit. Kaum angekommen auf der Arbeit und im Schwesternzimmer wird ihr mitgeteilt, dass sie und ihre Kollegin heute die Station alleine schmeißen müssen. Lediglich eine Auszubildende steht ihnen zur Verfügung, die jedoch mehr als Belastung als als Unterstützung gesehen wird. Am Anfang noch gut gelaunt, baut sich die Anspannung Florias mit der Zeit immer mehr auf.

Patienten müssen in den OP gebracht werden, weil an dieser Stelle das Personal fehlt, dass sie eigentlich transportieren sollte. Ein Patient wartet auf seine Diagnose, doch die Ärztin lässt auf sich warten. Der Privatpatient führt sich auf wie ein tyrannischer Kaiser. Medikamente müssen verabreicht werden, die Patientin wird langsam ungeduldig. Dazu

kommen die Patienten, die einfach nur ein paar Minuten zwischenmenschlichen Austausch brauchen. Natürlich hat Floria ihren Wagen, bestückt mit Medikamenten, Blutdruckmesser und Dokumentationsheft dabei, doch auf ihrer geplanten Tour durch ihre Hälfte der Station passiert dauernd etwas, was sie davon abhält, ihre Arbeit wie geplant zu machen.

Innerhalb ihres Dienstes unterläuft ihr ein Fehler, eine falsche Medikamentengabe, doch dieser Notfall kann gelöst werden. Dass eine Frau verstirbt, zu der sie es während ihres Dienstes nicht geschafft hat, nimmt Floria emotional sehr mit. Doch die Arbeit muss weitergehen, die anderen Patienten müssen versorgt werden.

EIN REALISTISCHES ABBILD DES ALLTAGS

Die Darstellung dieser einen Schicht sei absolut realistisch, so sind sich viele Krankenschwestern einig, die einen großen Teil des Publikums ausmachen. Eine Intensiv-Krankenschwester lächelt ein bisschen in sich hinein und sagt, dass

diese Darstellung noch lange nicht alles sei. Und natürlich, der Film zeigt eine „normale“ Station, in dem Film ist es eine chirurgische.

Vielleicht fällt die alkoholkrankte Frau, die im Film auf die Station mit den Worten „Alls in Ordnung bei ihr“ geschickt wird, aus dem Muster. Hier lacht ein großer Teil der vermutlichen Krankenschwestern im Kinosaal, eine sagt „Das ist gelogen!“, denn natürlich wissen sie, dass diese Aussage nicht wahr ist und die Frau eigentlich ganz andere Hilfe bräuchte, die die Krankenschwestern nicht leisten können.

Alle Patienten sind im Film irgendwie nett und umgänglich in dem Film. Körperliche Angriffe, die regelmäßig passieren, wie eine Krankenschwester aus der Notaufnahme erzählt, passieren hier nicht.

Als Krankenschwester ist man immer in der direkten Konfrontation mit den Patienten. Natürlich gibt es auch einfache Patienten, so eine Krankenschwester, aber es gäbe eben auch die, die randalieren, die sich ihre Zugänge entfernen, ständig klingeln oder andere Mitpatienten belästigen.

Aufgrund der Aufgaben der Krankenschwestern, könnten sich diese eben nicht der Situation entziehen, sondern müssten diese aushalten und irgendwie handhaben. Wenn Patienten ihre harten Schicksalsschläge teilen, ist das auch für die Krankenschwestern emotional belastend. Auch die Dokumentation, die Floria im Film ohne großen Aufwand digital eintragen kann, funktioniert sehr häufig nicht. Dann müsse versucht werden, sich zu erinnern, welcher Patient welche Medikamente bekommen müsste. Aber am Ende ist man dann doch schuld, wenn etwas falsch war.

Das hohe Stresslevel, dass im Film über die gesamte Schicht aufgebaut wird, zeige die Realität, dass, wie bei Floria, Medikamente vertauscht werden, kommt auch in der Realität vor.

SOZIALER REALISMUS ALS KUNSTFORM

Der Film ist – im Rahmen des bestehenden Systems – einzuordnen als eine Form des Sozialen Realismus. Realistische Darstellungen von anonymen Arbeitern werden aufgenommen, um sie als heroische Symbole

darzustellen, die dem Unglück (unseren sozialen Bedingungen) trotzen. Der Titel „Heldin“ zeigt dies sehr deutlich.

Durch die sozial-demokratische, ökonomistische Art und Weise, wird zwar das Leid der Krankenschwester gezeigt, doch bei der Umsetzung der Kritik an der demo-liberalen Ordnung, der Herrschaft des deutschen Imperialismus, versagt der Film.

Am Ende werden Zahlen eingeblendet, wieviele zig-Tausende von Pflegekräften in den nächsten Jahren fehlen werden, doch der Film bleibt verhalten, offen Kritik an den politischen Zuständen zu äußern. Im Film gibt es nur eine Böse: Die Ärztin, die nicht kommt.

In der Realität sei es tatsächlich so, dass Ärzte gegen Krankenschwestern ausgespielt werden. Auch wenn sich die Ärzte mehr aus dem direkten Patientenkontakt herausziehen könnten, so ist doch besonders die Situation von Assistenzärzten, die frisch aus der Universität kommen und zum ersten Mal mit echten Patienten zu tun haben, geprägt von Mängeln aufgrund ihrer fehlenden Erfahrung und der sehr hohen Arbeitsbelastung. Es ist nicht die Schuld von den Ärzten, dass das Gesundheitssystem und damit die Arbeitsbelastung der Krankenschwestern so enorm hoch ist.

PROFIT VOR GESUNDHEIT

Zwar schneidet die BRD im internationalen Vergleich im Verhältnis zu Bevölkerung und Pflegekräften/Ärzten sehr gut ab. Doch aufgrund hoher Fallzahlen, ist die Arbeitsbelastung des Pflegepersonals hierzulande extrem hoch.

Insgesamt arbeiten über 1.400.000 Personen in Krankenhäusern in Deutschland (Stand 2023). Davon sind etwa 560.210 dem Pflegepersonal zuzuschreiben. Die Frauenquote liegt hier bei über 80 Prozent, also sind etwa 448.168 Frauen als Krankenschwester o.ä. beschäftigt. Auch interessant sind die 34.000 Vollzeitkräfte, die 2021 im sogenannten Wirtschafts- und Versorgungsdienst, die z.B. in den Küchen oder als Hausmeister arbeiten. Des Weiteren gibt es auch noch 7.500 Personen, die als klinisches Hauspersonal in Vollzeit arbeiten, was z.B. Reinigungskräfte mit einschließt.



Während das Krankenpflegepersonal in den ersten zwei Jahrzehnten dieses Jahrtausends jährlich um durchschnittlich etwa 0,5 Prozent wuchs, verzeichneten die anderen genannten Tätigkeiten einen massiven Rückgang um teilweise mehr als 50 Prozent. Viele dieser Kräfte wurden an externe Dienstleister abgegeben, um Kosten einzusparen.

Denn Krankenhäuser müssen sparen: Immer mehr Häuser droht die Pleite. 2023 schrieben etwa 70 Prozent aller Krankenhäuser rote Zahlen. Dadurch müssen immer mehr Krankenhäuser schließen. Oder sie werden privatisiert. Die privaten Investoren versuchen dann besonders beim Personal zu sparen, indem sie z.B. die Wäscherei und Küche outsourcen. Aber auch beim Pflegepersonal wird das Minimum eingesetzt.

Schuld an der Misere ist v.a. die Finanzierungsart der Krankenhäuser: Mithilfe von Fallpauschalen, die je nach Behandlung eine Vergütung der Krankenhäuser durch die Krankenkassen festsetzen, soll erreicht werden, dass Patienten nur das Mindestmaß an Behandlung bekommen. Das endet häufig darin, dass nicht notwendige aber teurere Behandlungen

durchgeführt werden, aber die Pflege durch das Pflegepersonal darunter leidet, was man auch im Film sieht.

Während der Privatpatient seinen Tee bekommt, verstirbt eine Kassenpatientin, ohne dass die Krankenschwester sie einmal während der Schicht aufsuchen konnte.

Wie jedes menschliche Bedürfnis, wird auch die Gesundheit im Kapitalismus, heute in seiner letzten Stufe dem Imperialismus, zu einem Geschäft gemacht, welches Gewinn bringen muss.

„JEDER SOLLTE DIESEN FILM GUCKEN“

Es bleibt ein guter Film, der den Alltag einer Krankenschwester bildlich darstellt, doch bei den Ursachen der Missstände lediglich an der obersten Schicht kratzt.

Ein wichtiger Film, den wir und die Krankenschwestern, die im Kinosaal saßen, unseren Leserinnen und Leserinnen von Herzen empfehlen.

•

DIE ÄRZTE SIND SCHEIßE!

- EIN LESERBRIEF -

Ich war vier mal in meinem Leben auf einem Ärzte-Konzert, und ich muss sagen es hat jedes mal richtig Bock gemacht. Aber was ich überhaupt nicht abkann: Ihr gutmenschliches Geschwafel. Das wird von Jahr zu Jahr mehr. Wahrscheinlich sollte man sich nicht so aufregen, weil sie ja eigentlich von Anfang an so waren. Genauso wie die Toten Hosen, Sozialdemokraten halt. Aber ein Lied hat mich letztes Jahr richtig wütend gemacht, es heißt „Demokratie“. Mit dem Beititel „(Unser Bassist hasst dieses Lied)“, wahrscheinlich dient der als Rebell-Alibi für das sich Farin Urlaub und Bela B nicht (mehr) eignen. In dem Lied singen Die Ärzte darüber, wie „dumm“ die Leute sind, die Wut auf dieses System haben und wie gut unsere „Demokratie“ doch funktioniert:

*„Immer nur zu
meckern auf das blöde Scheißsystem
Das ist schön bequem
Du bist nicht Teil der Lösung, du bist selber das
Problem
Und feige außerdem*

*Sei nicht so unsportlich, es geht nicht ohne dich
So funktioniert das nicht, es geht nicht ohne dich*

*Demokratie ist kein Fußballspiel
Bei dem du nur Zuschauer bist [...]“*

Ja, doch! Genau das! Nicht mal Kreisliga-Niveau! Aber solche Tatsachen, die die einfachen Menschen längst verstanden haben, halten die feinen Herrschaften für gefährliche Theorien. Bin ich dumm, weil ich nicht wählen gehe? Ich habe die Schnauze voll von diesem „kleineren Übel“, wenn die uns doch alle verarschen!

„Und falls du dich jetzt fragst, wie man die Welt verbessern kann

Wie wär's mit Wählen geh'n?

*Dein Kreuz gegen Hakenkreuze, damit fängt es an
Dem Hass zu widersteh'n“*

Schön, die haben auch an der SPD-Kampagne teilgenommen. „Gegen Hass und Hetzte“, dass ich nicht lache. Als hätten diese bürgerliche Partei wirklich etwas gegen Nazis gemacht. Alles was die wollen sind

Wählerstimmen.

Die wollen, dass die Geldsäcke und Volksbetrüger auf ihren hohen Posten bleiben. Apropos: Ganz ehrlich – hat sich jemand mal gefragt was die eigentlich singen? Ist das ein „Schrei nach Liebe“, wenn Nazis in Rostock Flüchtlingsunter-

künfte anzünden? Sind das in echt „gute Menschen“, denen man nur ihre Kriegsbemalung aus dem Gesicht wischen muss?

Aber Die Ärzte haben doch recht: Es geht nicht ohne uns! Weil ein „starker Staat“ braucht doch auch einen großen Teil der Menschen hinter sich. Das wollen Die Ärzte. Die wollen, dass wir dieses Drecksystem mit einem Kreuz unterstützen, weil es ihnen hier ziemlich gemütlich geht. Weil sie nicht hart arbeiten müssen und Geld ohne Ende haben. Die kennen unsere Probleme überhaupt nicht.

„Die, die dich verarschen, die hast du selbst gewählt, also lass sie deine Stimme hören, weil jede Stimme zählt.“ Solche Sachen singen die. Und die denken das ist „rebellisch“. Was für ein Blödsinn. Die hören doch eh weg, wenn dann sollten sie mal ein paar Fäuste hören. Eine Sache kann ich sagen: Ein fünftes Ärzte-Konzert werde ich mir nicht mehr geben. •



ANGESAGTE SYSTEMHELFER

Wer über Social Media junge Leute erreicht, hat eine Menge zu sagen. Einige Leute, die das geschafft haben, haben dafür in der Regel keine besonders „systemkonforme“ Haltung eingenommen. Denn „systemkonform“ zu sein, lehnen die meisten – auch auf Social Media – ab.

Leute, die hier und da anecken oder tatsächlich auch dem deutschen Imperialismus (in Worten) etwas entgegensetzen, sind beliebter. Doch in den meisten Fällen verbergen sich hinter den bekannten Gesichtern kleine Sozialarbeiter.

In der Roten Post haben wir bereits dargelegt, warum der Streamer Marcel Thomas Andreas Eris („Monte“) ein Reaktionär und Lump ist. Seine Art, „anzuecken“, ist das Recht auf Faulheit zu verteidigen und sich nicht an Regeln zu halten, auf die er keine Lust hat.

Doch er schadet der Arbeiterklasse nicht nur durch die tägliche Verbreitung dieses Mülls, sondern übernimmt auch wichtige Aufgaben für den Staat. So berichtete „stern TV“ letzten Herbst in einer Reportage über einen Besuch von Eris an einer „Brennpunkt-Schule“ in Berlin-Spandau.

Eris kam wegen eines 11-jährigen Schülers, der an der Christian-Morgenstern-Schule die Rolle eines „Streitschlichters“ erfüllt. Eris war durch eine vorherige Reportage auf den Grundschüler Damir aufmerksam geworden. Als „Schullotse“ sorgt der an seiner Schule auf dem Pausenhof dafür, dass Konflikte zwischen Schülern geklärt werden, anstatt zu eskalieren. Er hat keine Angst, sich zwischen zwei Parteien zu stellen.

Damir ist noch ein Kind und man kann und sollte ihm keine Vorwürfe für seinen Einsatz machen. Doch er erfüllt auch eine übergeordnete Rolle: Die Morgenstern-Schule wird als „eine von vielen Schulen mit einem Gewaltproblem“ bezeichnet.

Hier sind in allererster Linie Arbeiterkinder, die keine Ponyhof-Kindheit haben und früh lernen, dass man seine Meinung in diesem System nicht immer nur mit Worten kundtun kann. Die Bourgeoisie fürchtet sich vor der Rebellion der Arbeiter und deshalb auch davor, dass Kinder früh lernen, was Gewalt bedeutet.

Deshalb wird Damir von der Schulleitung und bürgerlichen Medien hofiert; am Ende spielen er und die anderen Schullotsen, die mit Westen auf dem Schulhof patrouillieren, die Rolle einer kleinen „Schulpolizei“, die für „Recht und Ordnung“ sorgt.

Das ist, was Eris, der auch den als „Anzeigehauptmeister“ Karriere machenden Muster-Denunzianten



unterstützt, gutheißt: Die Bildung von korporativen Einheiten im öffentlichen Leben.

Für solche Pläne muss der Staat öffentliche Meinung schaffen. Eris' Auftritt unter den jubelnden Kindern in Spandau zeigt exemplarisch, wie das funktioniert.

Die Bilder eines Jungen mit ausländischen Wurzeln sind dabei für den Staat noch besser; sie zeigen – einfach gesagt – wie „gute Ausländer“ etwas gegen die „schlechten Ausländer“ machen. •

WWW.DEMVOLKEDIENEN.ORG



Täglich neue Nachrichten von Kämpfen in den Vierteln, Entwicklungen in der BRD, sowie aktuelle Informationen über den Widerstand in den unterdrückten Nationen.

KOMMENDE TERMINE

DÜSSELDORF

30. April - 18:00 Uhr - Hauptbahnhof
Vorabend Demonstration

ROTER BUND AM 1. MAI 2025:

KÖLN

12:00 Uhr, DGB Demonstration, Hans-Böckler-Platz
17:00 Uhr, Revolutionäre 1. Mai Demonstration, Kalk Post

BREMEN

11:00 Uhr, DGB Demonstration, Weserstadion

BREMERHAVEN

10:00 Uhr, DGB Demonstration,
Gewerkschaftshaus (Hinrich-Schmalfeldt-Str.)

HAMBURG

10:30 Uhr, DGB Demonstration, Platz der Republik

LEIPZIG

15:00 Uhr, Revolutionäre 1. Mai Demonstration, Sütplatz

weitere Termine:

KÖLN, 26.04., 18:00 UHR

Vortrag: Militarisierung in Europa, Demokratie Space

DORTMUND, 07.05., 18:00 UHR

Palästina Café, Taranta Babu

BREMEN, 07.05., AB 17:00 UHR

Café Rebellion, BDP-Haus (Am Hulsberg 136)
(Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat)

IBRAHIM KAYPAKKAYA IST NIEMALS GEFALLEN

Politische und kulturelle Aktivitäten
17. Mai 2025 - 16:00 Uhr
Wiener Platz
Köln-Mülheim
Veranstalter: Partizan und Roter Bund

KONTAKTE

BUNDESWEIT

Roter Bund | kontakt@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee | rfk-kontakt@roterbund.de

BADEN-WÜRTTEMBERG

Roter Bund | bw@roterbund.de

BERLIN

Roter Bund | berlin@roterbund.de

BREMEN

Roter Bund | bremen@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Bremen | rfk-bremen@roterbund.de

HAMBURG

Roter Bund | hamburg@roterbund.de
Rotes Frauenkomitee Hamburg |
rfk-hamburg@roterbund.de

NRW

Roter Bund | nrw@roterbund.de

ROTE POST

